



Faktencheck: Bürgergeld

Mythos	„Überall fehlen Fachkräfte und gleichzeitig haben wir 5Mio. Faule, die sich einfach nur auf dem Bürgergeld ausruhen.“																				
Einordnung	Strukturelle Gründe für den Fachkräftemangel in manchen Bereichen werden Erwerbslosen Menschen in die Schuhe geschoben. Gleichzeitig wird die falsche Behauptung aufgestellt, dass alle Bürgergeldempfänger*innen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden.																				
Faktencheck	Dazu müssen wir 2 Behauptungen einzeln prüfen: 1) Wer bezieht überhaupt Bürgergeld? Quelle: Deutschlandfunk 2) Welche Stellen sind unbesetzt? - Lt. Destatis sind im November 667,000 Stellen unbesetzt (Quelle: https://shorturl.at/4liie) In Folgenden Berufen fehlen die meisten Fachkräfte: Rechnerisch nicht besetzbare offene Stellen, Jahresdurchschnitt 2023/2024, absolut <table><tbody><tr><td>Kinderbetreuung und -erziehung - Spezialist</td><td>21.013</td></tr><tr><td>Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Experte</td><td>18.325</td></tr><tr><td>Bauelektrik - Fachkraft</td><td>18.287</td></tr><tr><td>Gesundheits- und Krankenpflege - Fachkraft</td><td>16.698</td></tr><tr><td>Kraftfahrzeugtechnik - Fachkraft</td><td>16.281</td></tr><tr><td>Altenpflege - Fachkraft</td><td>14.574</td></tr><tr><td>Elektrische Betriebstechnik - Fachkraft</td><td>13.834</td></tr><tr><td>Verkauf (ohne Produktionsspezialisierung) - Fachkraft</td><td>12.847</td></tr><tr><td>Maschinenbau- und Betriebstechnik - Fachkraft</td><td>12.651</td></tr><tr><td>Physiotherapie - Spezialist</td><td>12.539</td></tr></tbody></table> Fachkraft mit abgeschlossener Ausbildung; Spezialist mit Fortbildungsabschluss (Fachwirt, Meister, Techniker) oder Bachelor; Experte mit Diplom oder Master Quelle: IW-Fachkräftedatenbank auf Basis von Sonderauswertungen der BA und der IAB-Stellenerhebung, 2024	Kinderbetreuung und -erziehung - Spezialist	21.013	Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Experte	18.325	Bauelektrik - Fachkraft	18.287	Gesundheits- und Krankenpflege - Fachkraft	16.698	Kraftfahrzeugtechnik - Fachkraft	16.281	Altenpflege - Fachkraft	14.574	Elektrische Betriebstechnik - Fachkraft	13.834	Verkauf (ohne Produktionsspezialisierung) - Fachkraft	12.847	Maschinenbau- und Betriebstechnik - Fachkraft	12.651	Physiotherapie - Spezialist	12.539
Kinderbetreuung und -erziehung - Spezialist	21.013																				
Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Experte	18.325																				
Bauelektrik - Fachkraft	18.287																				
Gesundheits- und Krankenpflege - Fachkraft	16.698																				
Kraftfahrzeugtechnik - Fachkraft	16.281																				
Altenpflege - Fachkraft	14.574																				
Elektrische Betriebstechnik - Fachkraft	13.834																				
Verkauf (ohne Produktionsspezialisierung) - Fachkraft	12.847																				
Maschinenbau- und Betriebstechnik - Fachkraft	12.651																				
Physiotherapie - Spezialist	12.539																				
Außerdem	Kompletter Faktencheck: https://www.deutschlandfunk.de/buergergeld-vorurteile-fakten-richtig-falsch-100.html																				



Faktencheck: Bürgergeld

Mythos	„Das Bürgergeld ist so hoch. Arbeiten lohnt sich gar nicht mehr.“
<i>Einordnung</i>	Hier werden Leistungsempfänger*innen gegen Geringverdienende ausgespielt. De-Facto profitieren aber beide Seiten vom Bürgergeld. Anstatt die Ursache der geringen Löhne und der hohen Lebenserhaltungskosten in der profitorientierten Wirtschaftsweise zu suchen, werden Bürgergeldempfänger*innen dafür verantwortlich gemacht. Dabei wird auch ausgeblendet, dass 800,000 sog. „Aufstocker“ bereits arbeiten, aber nicht genug verdienen, um überleben zu können. Das ist der eigentliche Skandal!
Faktencheck	Ein einfacher Vergleich zeigt: Eine alleinstehende Person, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, hat deutlich mehr Geld (über 500 Euro mehr) zur Verfügung als jemand, der Bürgergeld bezieht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat errechnet, dass der Vollzeit-Arbeitnehmer bei einer 38-Stunden-Woche 1.515 Euro netto zur Verfügung hat, während der Bürgergeld-Empfänger 995 Euro erhält. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) bestätigt diese Zahlen. Quelle: https://www.dgb.de/service/ratgeber/buergergeld/ Allerdings: Hier wurden bei den Arbeitenden Menschen Wohnkosten, die je nach Wohnort sehr variabel sind, nicht mit bedacht, während sie bei Bürgergeldempfänger*innen bereits dazugerechnet wurden. Dadurch wird der Abstand tatsächlich kleiner. Arbeitnehmer*innen erhalten aber im Gegensatz zu Bürgergeldbeziehenden Rentenansprüche.
<i>Außerdem</i>	Mit dem Bürgergeldsatz liegt man bereits unter der Armutsgrenze. Dort kann man also gar nicht mehr kürzen, wenn man will, dass jeder Mensch ein gesundes Leben in Würde führen kann, so wie es auch das Grundgesetz vorsieht. Es gibt keine Statistik, die darauf hindeuten würde, dass durch die Erhöhung des Bürgergeldsatzes mehr Menschen ihren Job gekündigt haben, um stattdessen Bürgergeld zu beziehen. (vgl.: https://shorturl.at/VYOK1). Menschen, die eine zumutbare Arbeit ablehnen, haben mit Sanktionen zu rechnen. Die Antwort auf den geringen Abstand zwischen Bürgergeld und Mindestlohn sollte immer eine Anhebung des Mindestlohns bzw. eine Senkung der Besteuerung von kleinen und mittleren Löhnen sein. So wird der Abstand wieder größer und arbeiten „lohnt sich wieder mehr.“ Eine Absicherung vor Arbeitslosigkeit und Verelendung gibt Beschäftigten (und ihren Gewerkschaften) eine bessere Verhandlungsgrundlage für Lohnverhandlungen. D.h. je höher der Bürgergeld und Arbeitslosengeldsatz, desto BESSER für alle Lohnabhängigen!



Faktencheck: Bürgergeld

Mythos	„Wir brauchen schärfere Sanktionen!“
Einordnung	Bürgergeldbeziehende müssen bereits jetzt schon mit Sanktionen rechnen, wenn sie eine zumutbare Arbeit nicht annehmen, oder Fristen verstreichen lassen. Mit härteren Sanktionen sollen Menschen zur Arbeit gezwungen werden. Wer nicht auch eine Beschäftigung akzeptiert, für die er/sie vielleicht überqualifiziert ist, dem sollen Leistungen am besten ganz gestrichen werden.
Faktencheck	Die Frage ist hier: Geht es für den Staat darum Geld zu sparen? Einsparpotential: 16,000 Totalverweigerer (0,4% aller Bürgergeldbezieher*innen, entspricht ca. €190,46 Mio. pro Jahr = 0,03% des Bundeshaushalts 2024 (Eigene Berechnungen)) Man müsste allerdings den Verwaltungsaufwand durch eine stärkere Verfolgung und Sanktionierung von vergehen gegenrechnen! Antwort: Einsparpotential ungewiss. Oder geht es um die bloße Tatsache, dass Menschen Leistungen erhalten, während andere Arbeiten? Stärkere Sanktionen, als die bereits bestehenden führen nicht unbedingt zu besseren Vermittlungschancen. https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-15.pdf
Außerdem	Wollen wir eine Welt, in der Menschen zur Arbeit gezwungen werden, auch unter Arbeitsbedingungen, die sie für unwürdig betrachten? Dann hätten Arbeitgeber*innen überhaupt keinen Anreiz die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sie können also ihre Profite sichern oder sogar noch ausbauen.

Weiterführende Quellen:

Die Anstalt, ZDF-Satiresendung vom 08.10.2024: <https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-vom-8-oktober-2024-100.html>

Alternativen zum Bürgergeld / Sanktionsregime

Zum Beispiel:

- Steuererleichterungen für geringe und mittlere Einkommen
- Anhebung des Mindestlohns
- Tarifbindung ausbauen → Höhere Löhne + bessere Arbeitsbedingungen (Tarifbindung in Deutschland nimmt derzeit ab)
- Berufe, in denen Fachkräfte fehlen attraktiver gestalten (Lohn, Arbeitsbedingungen, etc.) → Dafür braucht es Druck aus den Gewerkschaften → Gewerkschaften werden durch starke Mindestsicherung GESTÄRKT → Bürgergeldsätze erhöhen
- Bedingungsloses Grundeinkommen / Sanktionsfreie Mindestsicherung